

Sperrfrist 10.11.2021 – 10.30h -

## **Ambulante Suchtberatung in Niedersachsen gefragt und gefährdet - Suchthilfeverbände fordern mehr Geld - Bundesweiter Aktionstag hebt Bedeutung der ambulanten Suchtberatungsstellen hervor und weist auf Finanznot hin**

(Hannover, 10.11.2021) - Das Telefon steht selten still. Die Terminkalender der Anonymen Drogenberatungsstelle in Delmenhorst ist randvoll. „Wir kommen kaum hinterher. Es gibt zahlreiche Beratungswünsche, von Menschen, die es selbst betrifft, von Angehörigen. Es geht zumeist um den übermäßigen Konsum von Alkohol. Dazu kommen aktuell viele Anfragen von Schulen, vor allem mit Blick auf die Mediennutzung,“ berichtet Evelyn Popp, Leiterin der AWO Beratungsstelle und zugleich Vorsitzende der Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS).

„In Hannover und an anderen Orten in Niedersachsen ist die Nachfrage nach den Leistungen der Beratungsstellen derzeit ebenfalls riesig“, ergänzt Serdar Saris, Geschäftsführer der STEP gGmbH und Vorstand der NLS. „Die Arbeitsbelastung ist groß. Um den Beratungsbedarf zu decken, müssten wir mehr Mitarbeitende einsetzen, aber dafür fehlen die finanziellen Möglichkeiten.“

### **Über eine Million Betroffene in Niedersachsen**

„In Niedersachsen gibt es etwa 1,3 Mio. Betroffene mit einer substanz- oder verhaltenssuchtbezogenen Störung. Das heißt, dass jeder Sechste direkt betroffen ist. Hinzu kommen zahlreiche Menschen aus dem sozialen Umfeld, die indirekt betroffen sind, insbesondere Kinder und Partnerinnen oder Partner“, fügt Michael Cuypers, der Geschäftsführer der NLS, hinzu. „Der gesundheitsgefährdende Konsum von Alkohol, Tabak, illegalen Drogen und Medikamenten in der Bevölkerung sowie bestimmte stoffungebundene Verhaltensweisen, die exzessive Formen angenommen haben, sind keine Randerscheinungen. Abhängigkeitserkrankungen stellen ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem dar, das erhebliche individuelle und soziale Schäden sowie hohe Folgekosten für die Gesellschaft verursacht.“

### **Corona verschärft Probleme**

Entsprechend groß ist der Unterstützungsbedarf. Und das spüren die Mitarbeitenden in den in den 75 Fachstellen für Sucht und Suchtprävention. Im Jahr 2019 hatten die Beratungsstellen mit rund 50.000 Menschen zu tun. Im Coronajahr 2020 fanden

47.000 Niedersachsen den Weg in eine Beratungsstelle. Die Suchthilfeeinrichtungen beschäftigen aktuell 511 Mitarbeitende in Vollzeitstellen. Es sind ganz überwiegend für die Aufgabe besonders geschulte Fachkräfte, in der Regel Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogen mit therapeutischer Zusatzqualifikation. Auf eine Fachkraft in den Beratungsstellen kommen rund 19.000 Einwohner. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) empfiehlt für den Bereich der Grundversorgung in den Suchtberatungsstellen eine Relation von einer Fachkraft je 10.000 Einwohner.

### **Hilfstrukturen zunehmend ausgehöhlt**

„Wir bemühen uns, die Zahl der Mitarbeitenden zu halten, aber schon das ist nicht einfach. Der Facharbeitermangel ist auch bei uns ein Thema. Ein weiteres Problem ist die nicht auskömmliche Finanzierung der Unterstützungsangebote. Diese sind nicht gesetzlich gesichert“, erläutert Popp. „Ein Teil der Kosten für den Unterhalt der Fachstellen tragen die Kommune oder der Landkreis. Es handelt sich um freiwillige Zuwendungen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Oft entscheidet die Kassenlage vor Ort, ob und wie schnell Menschen mit einer Suchterkrankung Unterstützungsangebote erhalten.“ Auch das Land beteiligt sich an der Finanzierung der Leistungen der Beratungsstellen. „Der Suchthilfeetat des Landes ist seit 2014 eingefroren. Für die Jahre 2022 und 2023 sind keine Verbesserungen eingeplant“, kritisiert Saris. „Dies hat zur Folge, dass die etablierten und erfolgreichen niedrigschwelligen Versorgungsstrukturen in Niedersachsen zunehmend ausgehöhlt werden. Die fehlende Refinanzierung der Tariflohnsteigerungen und zuletzt stark gestiegenen Sachkosten machen es jedes Jahr schwieriger, das wohnortnahe, flächendeckende und niederschwellige Hilfeangebote aufrecht zu erhalten,“ begründet Saris eine Forderung der in der NLS organisierten Suchthilfeverbände anlässlich des bundesweiten Aktionstages Suchtberatung: „Die Hilfe muss um mindestens eine Million Euro aufgestockt werden.“ Dies gilt auch angesichts der Digitalisierungsprozesse, die in der CoVid19- Pandemie rasant Fahrt aufgenommen haben.

### **Suchthilfe hilft und wirkt!**

Tatsächlich sind die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgekosten von Suchterkrankungen enorm. Allein der Alkoholkonsum in Deutschland kostet nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums (dkfz) jedes Jahr etwa 39 Milliarden Euro. Durch das Rauchen werden das Gesundheitswesen und die Volkswirtschaft mit jährlich 97 Milliarden Euro belastet. „Eine funktionierende Suchthilfe trägt dazu bei, diese Folgekosten erheblich zu mindern. Suchthilfe hilft und wirkt,“ sagt Popp. Eine Studie zum „Social Return on Investment“ habe gezeigt, dass jeder investierte Euro in die Struktur der Suchtberatung eine Ersparnis von 28 Euro an Folgekosten bewirkt.

